

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Pressemitteilung

Wir bitten unsere Positionen zum Thema bei der Berichterstattung zu berücksichtigen.

Ein Mann sieht rot. Seltsame Unterschriftenaktion stößt auf Unverständnis.

Der Bornheimer Bürgermeister hat an 221 Personen einen Brief und eine E-Mail geschickt, auf der die Empfänger bestätigen sollen, dass sie keine nichtöffentlichen Unterlagen zur Flüchtlingsproblematik an die Presse weitergeleitet haben.

Die ABB schreibt dazu auf ihrer Internetseite:

"Wir wissen nicht, wie viele der angeschriebenen Adressaten dieser Aufforderung gefolgt sind und die geforderten zwei Unterschriften gutgläubig und/oder verängstigt geleistet haben. Wir wissen nur, dass einige dieses eigenartige Papier nicht unterschreiben werden, bzw. nach der Lektüre der oben veröffentlichten E-Mail des Bürgermeisters einige Personen ihre bereits geleisteten Unterschriften zurück verlangt und auch zurück erhalten haben."

"Es bleibt nach dem Schriftverkehr des Bürgermeisters auch im Dunkeln, was denn da konkret und mehrfach an die Presse weiter geleitet worden sein soll und ob das wirklich unter die genannten Paragraphen der nichtöffentlichen Behandlung fällt," meint Adelheid Wirtz (sachkundige Bürgerin der ABB-Fraktion).

Paul Breuer meint: "Man gewinnt bei dieser Aktion des Bürgermeisters vielmehr den Eindruck, dass hier massiv Druck auf die Kritiker der Bornheimer Flüchtlingspolitik ausgeübt werden soll. Nach der argumentativen Nazi-Keule, wer kritisch zur Flüchtlingsproblematik berichtet oder sich mündlich äußert wird als Pegida oder einfach als rechtsradikal/Nazi abgestempelt, kommt jetzt wohl die „juristische Zusatzkeule“.

Aus Sicht der ABB stelle der Bürgermeister hier 221 Personen, gewählte Vertreter und auch die Mitarbeiter seiner Verwaltung, praktisch unter Generalverdacht.

Breuer weiter: "Es ist schon erstaunlich, dass in Bornheim beim Thema Flüchtlinge praktisch fast alles unter „nichtöffentlich“ behandelt wird (Vergaben, Käufe, Mietverträge, Turnhallen als Unterkünfte vorbereiten, Kosten, Anzahl der Flüchtlinge und deren Nationalitäten etc.)."

Die ABB möchte nach eigenen Aussagen die Bürger und Bürgerinnen einbinden, so könnte man viele Vorgänge in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufsplitten.

Teilweise sei das auch so gehandhabt worden. Warum, fragt die ABB, soll das bei gewichtigen Themen, bei denen es sich um Millionenbeträge handelt, nicht gehen?

Adelheid Witz führt weiter aus: "Warum soll nicht öffentlich bekannt werden, dass eine Aufnahmeeinrichtung für ca. 150 Flüchtlinge am Rand von Bornheim jährliche Gesamtkosten für Unterkunft, Miete, Catering, Nebenkosten etc. geschätzte ca. 1,6 Millionen € (siehe GA 20.10.2015) kosten wird. Warum bringt ein Zeitungsartikel speziell zu diesem Thema den Bornheimer Bürgermeister Henseler derart in Rage? Das verstehe ich nicht!"

Nach Aussage der ABB gehe es hier schließlich um das Geld der Bürger und Bürgerinnen aus Bornheim, die diese Kosten durch ihre Steuern erwirtschaften müssen.

Die ABB fordert den Bürgermeister auf, sich Gedanken darüber zu machen, ob das alles, was er als nichtöffentlich einstuft, auch wirklich nichtöffentlich eingestuft werden darf.

Was öffentlich und was nichtöffentlich ist, liegt nach Ansicht der ABB nicht allein in der Hand des Bürgermeisters sondern ist gesetzlich genau geregelt. Nicht ohne Grund wurden die Regeln im Kommunalrecht, was nichtöffentlich zu sein hat, sehr eng gefasst!

Die ABB kritisiert, dass in Bornheim fast alles zum Thema Flüchtlinge nur noch per Dringlichkeitsentscheidung vom 6 Fraktionsvorsitzenden (ohne ABB) und dem Bürgermeister beschlossen werde.

Breuer ergänzt: "Der Rat oder der betreffende Ausschuss darf diese Kaufverträge/Mietverträge etc. nur noch im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen abnicken. Rat und Ausschüsse als gewählte Gremien werden so faktisch ausgeschaltet. Wenn ein Vertrag doch schon per Dringlichkeitsentscheidung abgeschlossen und rechtsverbindlich unterschrieben ist, was soll der Rat oder der zuständige Ausschuss dann noch nachträglich beschließen?"

Die ABB kritisiert weiter: "Selbst aktuelle Flüchtlingszahlen sollen nichtöffentlich behandelt werden. Akteneinsichten wurden der ABB verwehrt, große Anfragen wurden in wichtigen Punkten nicht beantwortet. Hier werden die Rechte unserer Fraktionen praktisch außer Kraft gesetzt, schreibt die ABB weiter auf ihrer Internetseite.

Breuer kritisiert weiter: "Es werde unter der Argumentation „Zeitdruck bzgl. der Massenzuweisungen von Flüchtlingen“ das Vergaberecht außer Kraft gesetzt. Ab bestimmten Summen sei eine Ausschreibung zwingend! Freihändige Vergabe könne doch nur die Ausnahme sein. In Bornheim wird die Ausnahme zur Regel gemacht."

Breuer resümiert: "Unser Herr Bürgermeister überschreitet hier wieder einmal rote Haltelinien.

Bornheim, den 30.11.2015

Für den Vorstand der ABB:
A. Wirtz, Paul Breuer

Anlagen: Brief des Bürgermeisters, E-Mail des Bürgermeisters